

Stefan Schostok MdL
Fraktionsvorsitzender
SPD Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

Stefan Wenzel MdL
Fraktionsvorsitzender
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im
Niedersächsischen Landtag

Hinrich-Wilhelm-Kopf Platz 1
30159 Hannover

Bundestagspräsident Norbert Lammert
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bundeskanzlerin Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

13. April 2011

Pakt für den Ausstieg aus der Atomenergie

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,
sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

der Super-GAU von Fukushima hat alle Annahmen über die Sicherheit von Atomanlagen infrage gestellt. Ein solcher Unfall wurde von den Betreibern der Atomanlagen, den Verbänden der Atomwirtschaft und den Atomaufsichtsbehörden in Deutschland und Japan ausgeschlossen.

Ein Unfall der Stufe 7 auf der INES - Skala galt als „Restrisiko“ und wurde als Ereignis bezeichnet, das „jenseits der praktischen Vernunft“ lag. Sein Eintreten in einem westlichen Industrieland zeigt, dass kein Land der Erde gegen einen solchen Unfall gefeit ist. Die Katastrophe zeigt, dass die Risiken einer nuklearen Kernschmelze weder beherrschbar noch hinnehmbar sind. Dies erfordert ein fundamentales Umdenken und Umsteuern in der Energiepolitik und in der Sicherung vorhandener Atomanlagen und Reaktoren.

Wir bitten die Fraktionen des Bundestages und die Bundesregierung daher dringend, sich für die folgenden Maßnahmen mit Vorrang einzusetzen:

- als erste Maßnahme für den Umbau der Energieversorgung, eine gesetzliche Rücknahme der Verlängerung der Laufzeiten von deutschen Atomkraftwerken auf den Stand des Atomgesetzes von 2002 einzuleiten,

- auf Grundlage der veränderten Gefährdungseinschätzung nach dem Super-Gau von Fukushima, die Sicherheitskriterien für den Betrieb der AKW anzupassen und zu verschärfen,
- eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, um die sieben ältesten Atomkraftwerke und das Atomkraftwerk Krümmel nach Ende der dreimonatigen Betriebseinstellung endgültig stillzulegen und eine Übertragung von Rechten zur Stromerzeugung auf andere Atomkraftwerke auszuschließen,
- den Standort Gorleben als Endlager für radioaktive Abfälle endgültig aufzugeben und eine gesetzliche Grundlage für ein Endlagersuchgesetz vorzulegen,
- keine weiteren Atommüll-Transporte nach Gorleben vorzusehen,
- im Dialog mit den Ländern, Kommunen und wichtigen gesellschaftlichen Gruppen einen Masterplan für den Umbau der Energieversorgung zu erarbeiten.

Wir sind überzeugt: Unsere Gesellschaft hat eine gewaltige Innovationskraft. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass die Menschen Veränderung erwarten und einfordern, und dass sie auch selbst zu Veränderungen bereit sind.

Dafür muss der Bundestag die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen. Die Atomaufsicht muss unmittelbare Konsequenzen aus der Neubewertung der Gefahr einer Kernschmelze ziehen.

Wir werden darauf drängen, dass zeitnah wichtige gesellschaftliche Gruppen in einem Beteiligungsprozess eingebunden werden.

In Niedersachsen gibt es erste Signale von der Landesregierung, die sich die Einrichtung eines runden Tisches vorstellen kann.

Wir halten einen solchen Prozess auch auf Bundesebene für notwendig, um den Umbau der Energieversorgung schnellstmöglich zu realisieren.

Mit freundlichem Gruß

Stefan Schostok

Stefan Wenzel